



DACHVERBAND ÖSTERREICHISCHER FRAUENVEREINE

Wien, 04.01.2019

Der Österreichische Frauenring als größte Dachorganisation österreichischer Frauenvereine nimmt zum Entwurf des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes und des Sozialhilfe-Statistikgesetzes wie folgt Stellung:

Wir sind besorgt über das Vorhaben der Österreichischen Bundesregierung, die bedarfsorientierte Mindestsicherung abzuschaffen und durch Maximalbeträge zu ersetzen, und den Begriff „Sozialhilfe“ wieder einzuführen. Ein Begriff, der sozial Schwache stigmatisiert und sie zu BittstellerInnen degradiert. Armutsbetroffene Menschen werden entwürdigt und treibt sie in die „echte“ Armut, grenzt sie aus der Gesellschaft aus, bestraft schlecht qualifizierte Personen sowie Personen mit Kindern und fördert Kinderarmut. **Das lehnen wir zutiefst ab.**

Dass diese Regelung Frauen und Kinder hart treffen wird, macht uns als Frauenorganisation sehr betroffen. Gerade die Erwerbsbiographie von Frauen verbunden mit ihrer Hauptverantwortung von Betreuungspflichten und dem Erbringen der unbezahlten Arbeit macht es in bestimmten Lebensphasen notwendig, eine menschenwürdige Sozialleistung beziehen zu können, die sie nicht entwürdigt und trotzdem unabhängig macht.

Auch aus der Perspektive, dass **Frauen vor Gewalt geschützt** werden sollen, die auch als Ziel im Regierungsprogramm ausdrücklich verankert ist, **ist die bewusste Herbeiführung wirtschaftlich auswegloser Situationen ausgesprochen problematisch**, da diese die Gefahr häuslicher Gewalt erhöhen und Frauen die Möglichkeit nehmen, aus dieser für sie gefährlichen Situation in ein selbstbestimmtes und wirtschaftlich unabhängiges Leben zu kommen.

Es ist für uns unverständlich, dass mit dem Argument, dass die Mindestsicherung nicht leistbar ist, der allgemeine Trend von Kürzungen im Sozialbereich legitimiert wird. **Wir sind überzeugt, dass die meisten Menschen nicht ausschließlich auf Sozialleistungen angewiesen sein wollen und ihr Einkommen selbst verdienen möchten, schon aus dem Grund, eine eigenständige soziale Absicherung zu haben. Die Mindestsicherung wurde aber auch in den vergangenen Jahren Spielball fremdenfeindlicher Hetze und Hetze gegen die Ärmsten der Armen.**

Der Arbeitsmarkt bietet allerdings nicht für alle Menschen eine Existenzsicherung oder aber fehlende Rahmenbedingungen sind dafür verantwortlich, keiner Beschäftigung nachgehen zu können. Dennoch müssen sich die BezieherInnen den Vorwurf gefallen lassen, in der „sozialen Hängematte zu liegen“, obwohl sie zB aufgrund ihres Alters, Krankheiten oder Betreuungspflichten keinen Job finden. **Eine solche Politik der Vorurteile lehnen wir zutiefst ab.**

Anstelle der bisherigen Mindestsicherung wird eine „Höchstversicherung“ geschaffen und für die Länder verbindliche Höchstgrenzen eingeführt werden. Diese Sätze dürfen von den Ländern nicht überschritten, aber jederzeit unterschritten werden, **es beginnt ein Wettbewerb nach unten, statt Mindeststandards zu definieren.**

Diese **Festlegung von Höchstsätzen** richtet sich eher auf die Vermehrung statt die Verhinderung von Armut. Das umso mehr, als mit dem Betrag von 863,04 Euro monatlich für eine alleinstehende Person (12 Mal jährlich) die **Armutsgefährdungsschwelle von 1.238 Euro pro Monat** laut EU-SILC für 2017 **weit unterschritten** wird.

Armut verbreitet sich unter Kindern und Jugendlichen stärker als in anderen sozialen Gruppen. Aus armen Kindern werden arme Erwachsene. Es muss das Ziel jeder Regierung sein, das zu verhindern. Besonders häufig von Armut oder Armutsgefährdung betroffen sind Kinder und Jugendliche in Haushalten mit mehr als drei Kindern, in Ein-Eltern-Haushalten oder in Haushalten ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft.

Die vorgenommenen Kürzungen der Kinderzuschläge richten sich ausdrücklich und unmittelbar gegen „Familien mit Migrationshintergrund“, da seitens der Regierung offensichtlich die Annahme besteht, dass es nur hier kinderreiche Familien gibt. **Das lehnen wir entschieden ab. Jedes Kind soll die gleichen Chancen bekommen.**

Die Zuschläge für Alleinerziehende und Personen werten wir positiv, allerdings kritisieren wir, dass gerade Alleinerziehende von der Bundesregierung mit anderen Maßnahmen (kein Familienbonus für AufstockerInnen, Mittelkürzung in der Kinderbetreuung durch Verknüpfung mit Integrationsmaßnahmen) **benachteiligt werden, die – wie wir glauben – mehr Verluste bringen werden als die gewährten Zuschläge bei der Sozialhilfe.**

Um die Situation vor allem für Frauen zu verbessern, sind aus unserer Sicht folgende Maßnahmen unerlässlich:

- **Arbeitsmarkt:** Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik wieder erhöhen; es müssen Sprachkenntnisse vorgewiesen werden; diese können erst erworben werden, wenn genug Kurse angeboten werden; eine Kürzung der Mittel ist hier kontraproduktiv!
Eine Qualifizierungsoffensive, die auf die sich verändernde Arbeitswelt (Digitalisierung!) Rücksicht nimmt, ist aus unserer Sicht unerlässlich!
Da ein Pflichtschulabschluss ebenso nachzuweisen ist, muss es hier ein Recht darauf geben. Gerade Frauen haben hier – oft durch Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Familiengründung in jungen Jahren – einen Nachholbedarf.
Aber auch zurückgenommene Maßnahmen, wie die Aktion 20.000 müssen wiedereingeführt werden, um auch älteren Frauen ein Einkommen zu sichern. **Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung begründen keine Pensionsgrundlage und bedeuten einen weiteren Schritt in die Altersarmut.**

- **Faire Arbeit/faire Entlohnung:** Um den Anteil der **AufstockerInnen** zu reduzieren, sind zahlreiche Maßnahmen außerhalb der Mindestsicherung notwendig. Viele AufstockerInnen, vor allem alleinerziehende Frauen, beziehen aufgrund erzwungener Teilzeitarbeit ein zu niedriges Einkommen. Hier wäre der dringend notwendige Ausbau an kostenlosen bzw. leistbaren Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen hilfreich. Aber auch arbeitsrechtliche Maßnahmen wie die Anrechnung von Karenzzeiten, ein Rechtsanspruch von Teilzeit auf Vollzeit, Arbeitszeitverkürzung und die Umsetzung des kollektivvertraglichen Mindestlohnes von 1.500 Euro – bzw. in weiterer Folge 1.700 Euro – sind hier unabdingbar.
Ebenso bedeutet die Schließung des Gender Pay Gap Existenzsicherung und gleiche Entlohnung für gleiche Leistung. Sanktionen bei nachweislicher Einkommensdiskriminierung wäre ein wichtiger Schritt seitens des Gesetzgebers

- **Gegen Kinderarmut:** Gerade zur Bekämpfung der Kinderarmut ist ein Ausbau der öffentlichen Infrastruktur unerlässlich, das betrifft vor allem ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Betreuungsangebot in allen Altersstufen. Anstelle von Steuergutschriften für Gutverdienende (Familienbonus) müssen Familienleistungen für alle Kinder bzw. vermehrt für Kinder aus einkommensschwachen Familien ausgebaut werden, **nach dem Grundsatz „Jedes Kind ist gleich viel wert“**.

- **Gewaltprävention:** Es ist aus unserer Sicht und aufgrund der aktuellen Entwicklungen höchst an der Zeit, Mittel und Ressourcen bereitzustellen, um Frauen einerseits vor Gewalt zu schützen und andererseits für Betroffene die Möglichkeiten zu schaffen, um sich von Gewaltbeziehungen lösen zu können und wirtschaftlich unabhängig zu werden. Dazu gehört eine existenzsichernde Transferleistung, ausreichende geschützte Plätze für von Gewalt betroffenen Frauen und die rasche Integration in den Arbeitsmarkt durch die bereits erwähnten Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik. Hier helfen keine Lippenbekenntnisse der Bundesregierung sondern rasches Handeln ist gefordert.

In erster Linie muss es auf Sicht gelingen, so wenig Menschen wie möglich von Transferleistungen abhängig zu machen und ihnen die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft ihre Existenz sowohl im aktiven Erwerbsleben als auch im Alter abzusichern. Das ist eine zentrale Aufgabe der Sozial- aber auch der Frauenpolitik.

Aus frauenpolitischer Sicht lehnen wir daher diesen Gesetzesentwurf ab. Er trifft Frauen und Kinder, die nicht die gleichen Chancen in der Gesellschaft haben, besonders hart. Er wird Armut vermehren und hilft in keinster Weise, Menschen mit Migrationshintergrund in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Für den
Österreichischen Frauenring

Klaudia Frießen
Vorsitzende